Immobilienmogul Christoph Gröner: Bau-Offensive in Berlin gestoppt

Erfahren Sie, warum Christoph Gröner nicht mehr in Berlin baut. Einblicke in die Herausforderungen des Immobilienmarktes in der Hauptstadt und mögliche Zukunftsperspektiven.

Christoph Gröner, einer der führenden Bauherren in Deutschland, hat seinen geschäftlichen Standort in Berlin, baut jedoch seit zwei Jahren nichts mehr in der Hauptstadt. 2020 unterstützte er die Berliner CDU großzügig mit einer Spende von 820.000 Euro. Bei einem Zukunftsforum in Berlin erklärte er sich als überzeugter Sozialdemokrat. Trotz seines Engagements für ökologisches Bauen sind die Baukosten nach Angaben der deutschen Wohnungswirtschaft außer Kontrolle geraten. Gröner betonte, dass die steigenden Grundstückspreise die Hauptursache für die steigenden Gesamtkosten beim Bauen sind.

In München und Hamburg sowie anderen deutschen Städten haben die Grundstückspreise die Baukosten stark beeinflusst und zu hohen Gesamtkosten pro Quadratmeter geführt. Für Berlin schilderte Gröner die rasante Preissteigerung bei Baugrundstücken in den letzten 15 Jahren. Die hohen Mietpreise resultieren hauptsächlich aus den Grundstückskosten, wobei der Anteil für das Bauen selbst vergleichsweise gering ist. Gröner kritisierte, dass knapper Bauland Spekulantinnen überlassen wurde, was die Preise in die Höhe treibt und Bauträger oft fälschlich als „die Bösen“ darstellt.

Gröner entschied sich in den letzten Jahren bewusst dafür, nicht mehr in Berlin zu bauen, da die explodierenden

Grundstückspreise die Rentabilität von Neubauprojekten beeinträchtigen. Die Kaufkraft der Berliner sei nicht mehr ausreichend, um die hohen Mietkosten zu decken und gleichzeitig die Grundstückskosten zu zahlen. Starke Preissteigerungen und regulatorische Eingriffe in Bauprojekte, wie beispielsweise im Kreuzberg, erschweren die wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Projekten zusätzlich.

Gröner plädiert für eine effizientere Nutzung bereits vorhandener Flächen und eine schnellere Schaffung von Baurecht, um dem Wohnungsmangel in Berlin entgegenzuwirken. Er betont die Notwendigkeit einer koordinierten Anstrengung verschiedener politischer Parteien, um den Wohnungsbau aus ideologischen Debatten herauszuhalten und stattdessen pragmatische Lösungen zu entwickeln. Nur durch eine konsequente Schaffung von neuem Wohnraum könne verhindert werden, dass der Wohnungsmangel zu politischer Verzweiflung und extremen politischen Entwicklungen führt.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de